

Der Halle Vierteljährlich 2,50 M., bei einmaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., auschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im Ausland Zeitungs-Eingehangssteuer „Galle-Zeitung“ eingetragener Briefkastennummer 176; Redaktionsadresse: „Galle-Bl.“ gefaltet.

Saale-Zeitung.

Gemeindegewaltiger Zeitungsgang.

werden die Stellenpreise oder beim Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Gebührenliste, von untern Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reflektanten die Seite 75 Pfg. Erhalten wöchentlich postfrei; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Redaktion und Druck- & Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 155.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 2. November

1907.

Politische Wochenschau.

Die Aufnahme des Urteils im Prozeß Moltke-Garden seitens der Presse war eine vielfach gegenseitige. Aus den Kommentaren läßt sich gleichwohl eine gemeinsame Grundüberzeugung konstatieren. Daß in die Hofintrigen- und Hofbalancemacht hineingeleitet worden ist, ist ein unabweisbares Verdienst Gardens. Das Mittel, durch das er glaubte, die wohlthätige Wirkung erreichen zu können, hat sich als keineswegs einwandfrei herausgestellt. War Margitima Garden einer verberlichen Kamarilla auf die Spur gekommen und hatte er Beweise für ihr Tun und Treiben in der Hand, dann hätte er besser getan, diese Beweise nicht fünf Jahre in seinem Schreibtisch einzuschließen, sondern mußte vor dem Vaterlande sofort die Intrigenanwaltschaft an den Pranger stellen. Statt dessen hielt er seine geheime Wissenschaft Jahre lang verborgen und mußte es erleben, daß der Einfluß des „Grüppchens“ fort und fort sich bemerkbar machte und zwar, wie er behauptet, zumal während des Maroffenschnittes in zwei kritischen Momenten, zunächst in der Taufung des Berliner Hofes über die Verlobungsstimmung in Frankreich, wodurch die diplomatische Aktion zur Verheiratung einer Begegnung des Kaisers mit dem Präsidenten Loubet eingeleitet wurde und dann in der Gegenpolitik des Liebenberger Kreises in der Maroffrage, wodurch der amtlichen deutschen Politik ihre Ernsthaftigkeit und Bedeutung genommen wurde. Obwohl also Garden über das schädliche Treiben des „Grüppchens“ seit fünf Jahren genau informiert zu sein glaubte, hat er doch den Vorgängen zunächst ruhig zugehört und erst eingegriffen in einem recht frühen Zeitpunkt, nämlich dann, als die beiden von ihm erwähnten Fakta eine Einschätzung nicht mehr möglich war. Hierin liegt ein Vorwurf. Garden durfte nicht so lange schweigen, wenn er die Gefährlichkeit der Kamarilla kannte. Er mußte ihre Entlarzung sofort bewirken, möglicherweise dadurch, daß er der höchsten verantwortlichen Stelle im Reich sein Material unterbreitete.

Garden hat einen anderen Weg eingeschlagen. Er ließ verdeckte Andeutungen in der „Zukunft“ ausströmen, die nur der kleine Kreis, für den sie bestimmt waren, verstanden, und damit der allgemeine Blick. Zwischen dem Ercheinen der Gardenischen Artikel und zwischen der Umanischen Interpretation der Artikel des Reichs mit dem Eingreifen des Kronprinzen und der Brand des Kaisers mit der Liebenberger Tafelrunde erfolgt. Garden konnte mit Recht von sich sagen, daß er den Stand möglichst zu vermeiden gesucht habe; er hatte unauffällig geforscht; er war verstanden worden; seine Andeutungen hatten gewirkt. Er brauchte nicht weiter danach zu folgen. Seit die nachträgliche ausgereifte Debatte in der Presse, an der Garden selbst nicht teilnahm, wirkte den allgemeinen Staub auf. Auf den vermeintlichen Sinn der Gardenischen Andeutungen, auf ihren Zusammenhang mit einigen sensationellen Personalveränderungen am Berliner Hofe, auf das Eingreifen des Kronprinzen aufmerksam gemacht, mußte allerdings die Presse in Erregung geraten, denn alle diese Vorgänge zusammen riefen die Ansicht wach, daß man es in dem Kreise der Eulenburgischen Freunde mit einer Gruppe von Räuberart zu tun habe. Die Schwärze mußte dem deutschen Volke ins Gesicht steigen bei dem Gedanken, einen Kreis von brüderlichen Personen, die sich perversten Organen hingeben, sich um die Person des Kaisers scharen zu legen, mochten sie nun einen politischen Einfluß besitzen oder nicht, mochten sie eine Kamarilla sein oder eine bedeutungslose Gruppe. Derartige Menschen gehörten einfach nicht in den Stabkreis des deutschen Volkes, gehörten nicht auf die hohe Stufe der Nähe des Kaiserthums, und es war nur ganz natürlich, daß sie ungeheure Entrüstung erford, daß solche Zustände, wenn sie wahr waren, überhaupt existiert hätten.

Der Prozeß Moltke-Garden hat weder den notwendigen Beweis erbracht, daß die Eulenburg-Tafelrunde aus Privatkräften bestand, noch wurde ihre politische Kamarillatätigkeit vor aller Augen absolut klargelegt; die Beweismittel, die Garden zur Anwendung brachte, um seine Behauptungen zu erhärten, waren nicht genügend schwerwiegend, nicht ganz durchschlagend; sie hatten ihren Erfolg im Moment der Erregung, durch die ganze Art ihrer Gruppierung, durch die Kraft des Vorwurfs, mit der sie vorgebracht wurden; es ist möglich, daß Garden recht hat, möglich, daß er sich täuscht. Etwas Normordnungs hat dem Eulenburg-Freundestricke gewiß an. Homosexualität? Speziell Graf Moltke, der ihm mit der Förderung, mit dem Strafentwurf und mit der Privatklage gegenbeirrat, war er schuldig? Wo wurde dafür der Beweis erbracht? Ein an den Mund gepreßtes Tadelschwert, das Zeugnis einer geschiedenen Frau, die verworrene Aussage eines ehemaligen Gardefoladaten, das Befanntwerden von Maßregelungen, die Anklagen in Offizierskreisen, ein Schwereidgenugtuungen, genügt — aber greifbare Thaten fehlten; und so bleibt nach wie vor über die Vorgänge im

Kreise der Eulenburg mitleidigen Dunkel gehüllt, wenn nicht von neuem und diesmal härter in das Tun und Treiben hineingeleuchtet wird. Hoffentlich wird das in dem Strafammerprozeß geschehen, der nun vor dem Landgericht I in Berlin geführt werden soll, hoffentlich wird nunmehr die Öffentlichkeit über die Vorgänge im Berliner Hofleben und auch über die politische Seite der Frage, über die Rolle Ludwigs um die absolute Aufklärung erhalten.

Die Generalversammlung des Zentral-Verbandes deutscher Industrieller gehalten sich zu einer bemerkenswerten politischen Kundgebung insofern, als offensichtlich auf der Tagesung ein Stimmungsänderung zugunsten einer Fortführung der Sozialpolitik eingetreten ist. Es ist erfreulich, daß die Anführer der neuen Zeit endlich anfangen, auch in dem Bewußtsein der Industrieoberen Wurzel zu schlagen. Während der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg vor einer Ueberpaanung der Konzentrationstendenzen in der Industrie warnte, betonte Minister Delbrück die Notwendigkeit, daß sich die Besitzer der Industriebetriebe als die ersten Kameraden ihrer Arbeiter fühlen müssen. Freilich hielt Bedorff an der Behauptung seines einseitigen Herrschaftsanspruchs fest. Es ist aber jetzt gewiß, daß die Sozialpolitik in der nächsten Reichstagsära einen bestimmten Schritt vorwärts machen wird. Ein Raupspiel zum Prozeß Hildt stellte eine Erklärung des Abg. Hildt in Aussicht, der sich den Vorwurf, parlamentarischer Vertreter des Kohlenprekats zu sein, verbat. Einen unzulässigen heraldischen Eingriff in die Sphäre der deutschen Universitäten bedeutet die Populierung der Vorlesungen des Prof. Schroers in Bonn durch Kardinal Fischer. Hoffentlich wird es die Regierung bei der Zurückweisung dieser Friedensführung zwischen Staat und Kirche an der nötigen Energie nicht fehlen lassen.

Die Bärenkrisis in Amerika dauerte noch fort. Zwischen Frankreich und Spanien erfolgten im Anschluß an den Besuch König Alfons' in Paris neue Sympathiebetreibungen, die zumal die Einmütigkeit in der Maroffrage testieren sollten. Außer mit dem spanischen Minister des Auswärtigen Salazar konferierte Richon und Clemenceau auch mit Iswolski, dem russischen Minister des Auswärtigen. Die Maroffkrisis kammit hielt auch diese Woche noch an. Mulay Hafid unternahm einen Angriff auf Mogador. Dort wurde die deutsche Kolonialpost von der französischen Behörde in ungehöriger Weise mißbraucht, eine Affäre, die alsbald vor das diplomatische Stöpsel in Tanger gebracht wurde. Auch auf der Walla halbinsel nahmen die Wirren zu, wobei hauptsächlich bulgarische Banden die Hand im Spiele hatten. Dabei hat allgemein der internationale Rüstungswettbewerb wieder mit erneuerter Kraft eingesetzt. Franzosen bauen sechs neue Panzerkreuzer von 21,000 Tons, Brasilien gab in England zwei neue Dreadnoughts in Bestellung, England selbst begann die Kiellegung eines neuen Riesenpanzers, die Vereinigten Staaten wollen Panzerflotte von 26,000 Tons bauen und in Deutschland wird naturgemäß nichts übrig bleiben, als gleichfalls den Bau der Kriegsschiffe energischer zu betreiben. Zunächst soll die Lebensfrist der deutschen U-Boote auf 25 auf 20 Jahre ermäßigt werden.

Widelsens Rücktritt in Norwegen erfolgte wohl im Anschluß an die Behauptungen, Norwegen zu neutralisieren. Man weiß noch nicht, welches Ergebnis diese Behauptungen gehabt haben. Die Säubung des Stabesamtens des Präsidenten Kriger in Victoria, die durch drei englische Offiziere erfolgte, zeigt, daß die Verhörsanwaltschaft immer noch nicht ganz ihrer Sache sicher sind. In Rußland ist die Opposition in beiden diesjährigen Stolyptinschen Duma gemacht worden. Freilich sind noch immer Mittelstände an der Tagesordnung; ein Goumariat schiederte eine Bombe gegen den Wagen des Gouverneurs von Wjaska, Fürstin Gortschakow. In Madjurof meuterte ein Teil der Truppen. Die Stadt mußte von der treu gebliebenen Mannschaft mit Feuer und Schwert wieder erobert werden. Der Kommandant der „Sofry“, dessen Mannschaft mit den Meutereuten gemeinsame Sache gemacht hatte, wurde in Grund geschossen. F. W.

Deutsches Reich.

Ob- und Personalangelegenheiten.

Das 11. November des Kaisers ist nur sehr leichter Natur. Der Kaiser zog sich vor etwa einer Woche eine Erkältung zu und litt bereits damals während eines Teiles des Tages das Bed. Die Erkältung schien von 3 oder 4 Tagen so nachgelassen zu haben, daß zum heutigen Mittagsabend Dinner-einladungen an den Reichshof und an den für wählenden Stabhalter von Gies-Bohringen, Grafen Wedel ergingen. Diesen Dinner wohnte dann indessen, dem „B. T.“ zufolge, nur die Kaiserin bei, während der Kaiser in seinem Zimmer verblieb. Am morgigen Morgen wurde die Erkältung völlig beseitigt sein. Am heutigen Mittag mußte der „Tag“, daß das Kaiserpaar am Mittags nachmittags einen Spaziergang im Brunnenwald unternahm. Von 6 Uhr ab führte der Kaiser die Besuche des Reichshofes, das Geleis des Generalstabes der Armee und des General v. Derpen vom Militärkabinett und empfang den Stabhalter Grafen Wedel. Zur Abendstunde waren geladen: Minister v. Hofmann und Ober des Generalstabes General v. Moltke. Donnerstag vormittags gegen 11 Uhr unternahm Kaiser und Kaiserin eine Ausfahrt im Automobil. Nach der Frühstückstafel unternahm der Kaiser einen Spaziergang in dem Tiergarten.

Die Kaiserreise nach England.

Außer dem Staatssekretär v. Schön wird, dem „B. T.“ zufolge, der Vorkontrollrat Graf Daxfeld, der Sohn des früheren

Vorkontrollrat in London, den Kaiser an seiner Engländerreise begleiten. Nach der Rückkehr von London wird Herr v. Schön, der gegenwärtig noch in Petersburg weilt, sein neues Amt definitiv übernehmen.

Die Staatsanwaltschaft und der Prozeß Garden.

Der Prozeß Garden-Moltke ist, wie schon furs gemeldet, in ein neues Stadium getreten. Aus Grund von zwei Entscheidungen des Reichsgerichts (Band X Seite 257 und Band XXIX Seite 422) sowie nach § 417 Absatz 2 der Strafprozeßordnung hat sich die Staatsanwaltschaft entschlossen, ein neues Verfahren gegen Garden einzuleiten, das also in erster Instanz die Strafammer beschäftigen wird. Hoffentlich sind zwar die erwähnten Entscheidungen des Reichsgerichts bestreitet worden, aber die Staatsanwaltschaft schiebt dennoch auf ihnen. Damit hat das Privatklagenverfahren sein Ende erreicht, und die beabsichtigte Verurteilung ist gegenstandslos geworden. Es beginnt nunmehr ein ganz neues Verfahren, in dem die Staatsanwaltschaft die erforderlichen Ermittlungen einzuleiten, demnach Maßlose zu erheben und die Sache zur Entscheidung der mit fünf Richtern besetzten Strafammer als I. Instanz zu bringen haben wird. Die Strafammer als Bescheidungsinstanz gegen das schöffengerichtliche Urteil wäre nur mit drei Richtern besetzt gewesen.

Zum Weingeschekentwurf

erfährt die „Deutsche Weinzeitung“ aus „unverlässlicher Quelle“ folgendes: Das künftige Weingesetz soll an Strenge alle Erwartungen übertreffen. Es enthält die sämtlichen agrarischen Forderungen, die in letzter Zeit erhoben wurden. Zunächst die künftige Weingesetzgebung um 1/2 des zu verbleibenden Weines (20 Pfg.) unter Wegfall der Grenzabgaben, jedoch nur zu dem Zweck, den Gehalt der jüngeren Jahrgänge an Alkohol und Säure denjenigen vorwärtiger Jahre gleich zu gestalten. Ferner wird die zeitliche Begrenzung der Reifezeit und somit die Jahresfrist, ausgenommen Besondere für einzelne Betriebe oder bestimmte Bezirke nach vorübergehender Ermäßigung. Die Veräußerung selbst soll nur in den Produktionsabzeichen erlaubt werden.

Der Entwurf enthält ferner Bestimmungen über eine ausbleibende Angelegenheit-Kontrolle mit der Bestimmung, besondere Bücher nach einem bestimmten Schema zu führen und die zeitliche Begrenzung der Reifezeit über die Bestimmung des Weins. Hauptpflicht werden künftig die einzelnen deutschen Weinbaugemeinde und Bezirke streng aneinander gehalten. Im Zukunft ist es nicht mehr erlaubt, Weine aus einem Weinbaugemeinde mit Bestimmung eines anderen Gebiets zu versehen; auch Verkauften von Weinen verschiedener Weinbaugemeinde sollen deklarationspflichtig werden.

Der Konflikt Schroers-Fischer.

Der Fall Schroers in Bonn ist dem „B. T.“ zufolge in ein neues Stadium getreten. Eine Kompilation ist dadurch eingetreten, daß Professor Schroers — der als Unterlehrerprofessor beauftragt Staatsbeamter ist — von Kardinal Fischer angefordert worden ist, sich vorzulassen vor ihm zu revidieren. Herrn Schroers der letzter Unternehmung schon durch die Einstellung seiner Vorlesungen bekannt hatte, hat es abgelehnt, der Aufforderung des Erzbischofs Folge zu leisten.

Die Komodie der Ergebenheitsadresse

des Württembergischen Klerus an den Bischof von Vottenburg ist nach allen Regeln geachtet. Es ist ein wenig über die Deputation von 6 Geistlichen eine von 107 Geistlichen unterzeichnete Adresse (etwa) überreicht worden. Da in dem Sprengel des Bischofs ca. 1100 Geistliche amtieren, haben in der Tat — entsprechend der Aufforderung von reformischer Seite — alle Geistlichen unterschrieben; die nur noch fehlenden ca. 40 Unterschriften konnten nachweislich wegen Kränklichkeit oder Abwesenheit zu Geben gefehlt werden. Die Unterzeichnung schon durch Bischof dankte gerührt der lebhaftesten für den Beweis treuer Liebe „Ihrer“ Mängelangelegenheiten. Um die durch die vorliegende Ausübung der Konstitutionsbestimmungen hervorgerufenen Bestimmungen in der Geistlichkeit zu beschleunigen, wurde am Schluß noch die Forderung aufgestellt, daß die Sammelliste mit den Namen der Unterzeichner, in die der Bischof angehängt seine Einsicht genommen hat, sofort vorzulegen, wurde jedoch Freilich hätten gewisse kirchliche Persönlichkeiten wohl den reformischen Anständer, der vorzeitig zum Abschluß gekommen, in persona verbannt.

Kardinal Commer.

In Wien läuft die Nachricht um, der Prälat Commer, der lauteste Kritiker im Exil gegen den toten Professor Schell, werde ins Kardinalskollegium berufen werden. Die „Mönd. N. Nachr.“ bemerken zu dieser Meldung: Prälat Commer ist in Wien gewissermaßen als der „Reiter der Reue“, eines solchen unheilvollen Persönlichkeitsbesatz das Kardinalskollegium. Wie bekannt, wegen die Kardinalie eine bestimmte Titelkreise zu erhalten; für Prälat Commer wäre eben der Titel vom hl. Damian frei.

Allgemeine Mitteilungen.

Die Nachricht, daß der Abg. Dr. Baumann sich vorerant in „Weisen Stadt“, dem bekannten Sanatorium bei Dresden, durchbehalten, befindet sich erfreulichweise nicht; das Verhalten des Parlamenten, der das Referat über die liberale Einleitung auf der Frankfurter Versammlung der drei liberalen Volksparteien übernommen hat, hat sich schon jetzt befreit, daß Herr Dr. Baumann am heutigen Sonnabend das Sanatorium zu verlassen gedenkt.

Aus deutschen Parlamenten.

Der Landtag von Sachsen-Weimar genehmigte einstimmig 3000 M. zu den Vorarbeiten für die Werraanbahnung. Angenommen wurden ferner die Vorlagen betreffend Grundstücksankauf in Jena, betreffend Eröffnung des Anleihenbankens der Landes-Kreditkassa und betreffend Stellenbeschreibungen.

Finanz- und Steuerwesen.

Zu seiner Mitteilung über das geplante Vranntweinmonopol bemerkt das „B. T.“, daß die Viehschabe in Höhe





